

39
84

Union in Deutschland

Bonn, den 13. Dezember 1984

Auf dem 33. Bundesparteitag

Frauenpolitik steht im Mittelpunkt

Der 33. Bundesparteitag der CDU findet vom 19. bis 22. März 1985 in Essen statt. Dieser Parteitag wird — so Heiner Geißler in Bonn vor der Presse — zunächst einmal die Aufgabe haben, den Parteivorsitzenden, den Generalsekretär, das Parteipräsidium und den Bundesvorstand neu zu wählen.

Dies soll am Mittwoch, 20. März 1985, geschehen. Am gleichen Tag werden auch der Parteivorsitzende Helmut Kohl und der Generalsekretär Heiner Geißler den im Statut vorgesehenen Rechenschaftsbericht abgeben.

Zentrales Thema des Parteitages wird die Frauenpolitik sein. Dem Parteitag sollen am Donnerstag, 20. März 1985, Leitsätze der CDU zur Frauenpolitik vorgelegt und nach eingehender Diskussion verabschiedet werden. Auf der Pressekonferenz erklärte Heiner Geißler:

„Wir werden an diesem Tag einen offenen Parteitag abhalten, so wie wir dies auf dem Parteitag in Hamburg in der Diskussion mit der Jugend gemacht haben, das heißt, wir wollen zu diesem Parteitag Frauen aus allen Gebieten, Regionen, aber auch den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen einladen, um mit ihnen eine offene Diskussion zu führen. Es werden auch Frauen an dem Parteitag teilnehmen,

(Fortsetzung auf Seite 2)

In dieser Ausgabe
lesen Sie:

■ ENTBÜRO-KRATISIERUNG

Die Entrümpelung kommt zügig voran Seite 4

■ EG-GIPFEL

Bundeskanzler Helmut Kohl erzielte Fortschritte Seite 5

■ KRANKENHÄUSER

Sparsamkeit und Gesundheit sind keine Gegensätze Seite 6

■ MEDIEN

Niederlage für Monitor Seite 9

■ SOZIALES

Mehr Geld für ältere Arbeitslose Seite 10

■ GEMEINDEN

Rückgang der kommunalen Investitionstätigkeit weiter gebremst Seite 13

■ DOKUMENTATION

Bericht und Analyse zum Bundeskongreß der Grünen in Hamburg grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

die nicht Delegierte sind sowie Frauen, die nicht Mitglieder der Christlich Demokratischen Union sind und politisch gegensätzliche Positionen einnehmen.

Der Bundesvorstand wird diesen Tag durch die Erarbeitung von Leitsätzen vorbereiten, um in einer umfassenden Weise unsere Position und Perspektive für die Frauenpolitik der kommenden Jahre zu erarbeiten.

Wir werden diese Leitsätze im Laufe des Monats Februar 1985 in einem Hearing mit dafür zuständigen Verbänden, Institutionen, Frauenverbänden beraten, wir werden die Ergebnisse dieses Hearings dem Bundesparteitag zur Verfügung stellen.

Mit einem Wort: Wir wollen Frauenpolitik

machen, nicht nur für Frauen, sondern auch mit den Frauen. Wir wollen Frauen auch außerhalb der Partei ausreichend zu Wort kommen lassen, auch solche Frauen, die eine andere Position zu diesen Fragen in der öffentlichen Diskussion eingenommen haben.

Am dritten Tag, am Freitag, wird sich der Parteitag mit den Strukturproblemen des Ruhrgebietes vor allem und Nordrhein-Westfalens beschäftigen. Hier wird der Parteitag in einer Resolution noch einmal die wichtigsten Aussagen zusammenfassen, die nach Auffassung der Christlich Demokratischen Union für die Zeit nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen von der Christlich Demokratischen Union politisch realisiert werden sollen.

Die Auseinandersetzung mit den Grünen bleibt eine zentrale Aufgabe der Union

Der Bundesvorstand hat sich neben der Vorbereitung des 33. Bundesparteitages auch in einer Diskussion mit der weiteren Auseinandersetzung mit den Grünen befaßt. Bei dieser Diskussion ist vor allem zum Ausdruck gekommen, daß diese Auseinandersetzung inhaltlich geführt werden muß; selbstverständlich auch über Stil und Formen der „Grünen Politik“. Die Christlich Demokratische Union wird auf den wichtigen politischen Feldern ihre eigenen Zielvorstellungen offensiv vertreten. Wir werden unsere eigenen Konzeptionen zum Beispiel im Bereich der Ökologie so vertreten, daß unsere Chancen als moderne Industrienation auch in der Herausforderung des internationalen Wettbewerbs mit den Vereinigten Staaten und Japan gewahrt bleiben. Dies bedeutet, Ökologie mit technischem Fortschritt und mit wirtschaftlichem Wachstum vereinbar zu machen, nicht gegeneinander auszuspie-

len, wie dies die Grünen im wesentlichen verfechten.

Wichtig ist aber auch, daß wir die Notwendigkeit der Auseinandersetzungen mit den Grünen erkennen und begründen, daß die Grünen deswegen einen Machtfaktor darstellen, weil sie durch den Transmissionsriemen der Sozialdemokratischen Partei die Chance haben, ihre politischen Ziele zu realisieren. Nach Auffassung der Christlich Demokratischen Union wären die Grünen für sich genommen mit ihren acht oder zehn Prozent relativ uninteressant. Sie sind politisch deswegen wichtig, weil die Sozialdemokraten in einem beachtlichen Umfang bereit sind, Grüne Ziele zu übernehmen und mit Hilfe ihrer Mehrheiten oder zumindest der Zahl ihrer Abgeordneten in deutschen Parlamenten auch zur politischen Verwirklichung zu verhelfen.

Infolgedessen wird sich die inhaltliche

Auseinandersetzung auf die Punkte konzentrieren, die zumindest partiell von einem großen Teil der Sozialdemokraten ebenfalls für richtig gehalten werden.

Diese Ziele sind

— einseitige Abrüstung und Blockfreiheit, also das Thema „Raus aus der NATO“, ein Thema, das innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zunehmend ein positives Echo findet,

— dann die ganze Auseinandersetzung um die Wirtschaftsordnung und die wirtschaftliche Entwicklung, also Stichwort „binnenwirtschaftliche Orientierung, Abkoppelung der Bundesrepublik Deutschland vom Weltmarkt“,

— Abschied vom Auto als Massenverkehrsmittel, dies gilt z. B. auch für den Flugverkehr. Hier sind die Anträge der Hamburger Bundesversammlung, die zwar nicht verabschiedet worden sind, aber ihren Niederschlag ja auch schon gefunden haben, in Anträgen der Grünen im Parlament selber von großer Bedeutung,

— Einstellung der Versorgung mit Atomstrom, Ausstieg aus der Verfeuerung von Braunkohle und vieles andere mehr bei gleichzeitig deutlicher Anhebung der Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und der unteren Rentensätze auf ein wesentlich höheres Niveau, die Garantie von Mindesteinkommen, dies alles bei Nullwachstum oder sogar Minuswachstum.

SPD im Schleptau der Grünen

Die Abmachungen der Grünen mit den Sozialdemokraten in Hessen müssen in ihrer Auswirkung auf das gesamte Bundesgebiet sehr ernst genommen werden. Hier dreht es sich ja nicht allein um Einzelheiten, sondern man muß die Zielsetzung und die langfristige Auswirkung dieser Abmachungen klar erkennen. Dies betrifft insbesondere das Verhältnis zum parlamentarischen System und zum Rechtsstaat und gilt insbesondere für die Akzeptierung von Rechtsbrüchen und Gesetzesverletzungen und für die Schulpolitik, wo festgelegt worden ist, daß z. B. in den ersten sechs Schuljahren keine Noten mehr gegeben werden sollen, mit der klar erkennbaren Tendenz, Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft im schulischen Bereich schon in den ersten Jahren zu diskriminieren sowie das Abwürgen der Industriegesellschaft durch eine Veränderung der Energieversorgung.

Wir sind der Auffassung, daß sich die Sozialdemokraten weitgehend im Schleptau der politischen Ziele der Grünen befinden, und daß deshalb die inhaltliche Auseinan-

dersetzung mit den Grünen eine Aufgabe der Christlich Demokratischen Union bleibt.

Wir werden diese Diskussion auch durch Analysen der politischen Ziele untermauern und vorbereiten, nicht nur der Grünen, sondern auch der rotgrünen Bündnisse, dort, wo sie stattfinden. Dies gilt auch für die kommunale Ebene, wo eine besondere Form der Diskussion in den vergangenen Wochen und Monaten stattgefunden hat mit höchst unterschiedlichen Zielsetzungen.

Es ist klar, daß wir die Diskussion mit den Grünen auch in den Punkten aufnehmen werden, wo sie ursprünglich richtige Zielsetzungen vertreten haben; aber nach unserer Auffassung haben die Grünen ihren Schwerpunkt, nämlich die Ökologie, längst verlassen. Sie sind keine Partei mehr, die sich hauptsächlich ökologisch orientiert, sondern die anderen von mir skizzierten Ziele haben sich inzwischen als Schwerpunktthemen bei den Grünen durchgesetzt.

■ ENTBÜRO-KRATISIERUNG

Die Entrümpelung kommt zügig voran

Die „erste Zwischenbilanz der Bundesregierung zur Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung kann sich sehen lassen. Viele tausend Verwaltungsvorgänge werden eingespart, hunderte von Vorschriften ersatzlos gestrichen“. Das erklärte Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, nachdem das Bundeskabinett den Entwurf eines „Ersten Rechtsbereinigungsgesetzes“ und den „Ersten Bericht zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung“ beschlossen hat.

Der Bericht zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung nennt 144 bereits verwirklichte oder vor der Realisierung stehende Maßnahmen aus den einzelnen Bundesministerien. Viele dieser Initiativen sind durch die Arbeit der Unabhängigen Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung des Bundes angeregt und unterstützt worden.

Einige Beispiele:

1. Mit dem Verzicht auf die regelmäßige Einholung von Führungszeugnissen bei der Erteilung von Führerscheinen werden ca. 1,2 Mio. Anfragen beim Bundeszentralregister entbehrlich.
2. Die Bestellung von Sachverständigen bei den Industrie- und Handelskammern wird erheblich erleichtert. Die Vorausset-

zungen für die Bestellung und die Rechte und Pflichten von Sachverständigen können von den Industrie- und Handelskammern eigenverantwortlich geregelt werden.

3. Im Werkfernverkehr wird künftig das Beförderungsbescheinigungsverfahren von einer bloßen Anmeldepflicht ersetzt. Diese führt jährlich zu einem Wegfall von ca. 10000 Verfahren.

4. Das immissionsschutzrechtliche Verfahren für genehmigungsbedürftige Anlagen wird wesentlich erleichtert. Der Antragsteller kann für seine Anlage künftig die immissionsschutzrechtliche Genehmigung und die Genehmigung nach dem Wasserrecht im gleichen Verfahren beantragen.

5. Den Verwaltungsbehörden werden Empfehlungen zu arbeitsgerechten und bürgernahen Verfahren und für eine bürgernahe Verwaltungssprache gegeben. Diese Empfehlungen haben in den Verwaltungen großes Interesse gefunden. 32000 Exemplare sind bestellt und geliefert worden, davon 25000 an Bundesbehörden. Eine Neuauflage ist eingeleitet. Für ca. 25000 weitere Exemplare erteilte der Bundesminister des Inneren Nachdruckgenehmigung für andere Behörden.

Die Beispiele zeigen, daß die Bundesregierung mit der Entrümpelung von Verfahren und Vorschriften ernst macht und ihre Maßnahmen zur Entbürokratisierung Schritt für Schritt verwirklicht. Dabei werden auch die über tausend Vorschläge berücksichtigt, die der unabhängigen Kommission von Bürgern, Verbänden und den Bundesländern zugegangen sind. Die Bundesregierung wird über diese ersten Ergebnisse hinaus weitere Vorhaben der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung verwirklichen und entsprechende Rechtsbereinigungsgesetze vorlegen.

■ EG-GIPFEL IN DUBLIN

Der Bundeskanzler erzielte Fortschritte

Auf der Tagung des Europäischen Rates („EG-Gipfel“) in Dublin am 3. und 4. Dezember 1984 ist es Bundeskanzler Helmut Kohl gelungen, den Weg für die abschließenden Beitragsverhandlungen der EG mit Spanien und Portugal freizumachen und zugleich in der Frage der Weinüberschüsse die Interessen der deutschen Winzer zu verteidigen.

Der EG-Gipfel räumte das letzte Haupthindernis vor der Abschlußrunde der Beitragsverhandlungen aus dem Weg: die Frage der Weinüberschüsse in der EG nach der Süderweiterung. Nachdem die EG im März 1984 die Milchpreisgarantie eingeschränkt und so eine Voraussetzung für den Abbau der Butterberge geschaffen hatte, wurden jetzt rechtzeitig konkrete Beschränkungen der kostspieligen Weinüberschüsse beschlossen, bevor mit Spanien ein weiterer großer Weinproduzent der Gemeinschaft beitritt.

Die gefundene Regelung sieht langfristig eine Anpassung des Weinanbaus an den Bedarf vor. Um die Produktion zu vermindern, werden Rodungsprämien zum Abbau von Weinbergen gewährt. Gleichzeitig wurde eine zwangsweise Destillation von Tafelwein zu niedrigen Preisen für die Erzeuger beschlossen, um die bereits vorhandenen Überschüsse abzubauen.

Diese Vereinbarung trifft die deutschen Winzer kaum: Die Begrenzung der Destillation von Tafelwein auf eine Million Hektoliter ab 1987 hat nur geringe Auswirkungen, weil die Tafelweinproduktion hierzulande in der Regel zwischen einer halben und einer Million Hektoliter schwankt und

normalerweise auch am Markt absetzbar ist. Außerdem ist der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an der Überschußproduktion auch deshalb gering, weil bei uns bis zu 90 Prozent Qualitätsweine erzeugt werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl erreichte außerdem, daß die deutschen Winzer ihre bisherigen Herstellungsverfahren weiter anwenden können. Der Kompromiß von Dublin ist für die deutschen Winzer ein akzeptables Ergebnis. Zwar sind die Probleme um die Verbesserung deutscher Qualitätsweine nicht endgültig vom Tisch, aber die deutschen Weinbauern haben erst einmal einen Spielraum bis 1990 bekommen. Bis zu diesem Zeitpunkt muß die EG-Kommission einen Bericht über die traditionellen Weinherstellungsmethoden in den nördlichen Anbauländern vorlegen.

Die Bundesregierung hat es in Dublin nicht zugelassen, daß die eigentlichen Probleme des europäischen Weinmarktes zu unseren Lasten als Randerscheinungen abgewälzt werden. Die Weinüberschüsse der EG werden nicht in der Bundesrepublik Deutschland erzeugt; sie lassen sich damit auch nicht durch Eingriffe bei uns eindämmen.

Innenminister untersagt Rotation in Kommunen

Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff (CDU) hat die Rotation von Abgeordneten in Kommunalvertretungen untersagt. Er wies in einem Erlaß die Aufsichtsbehörden darauf hin, daß der Vollzug des Rotationsprinzips rechtswidrig und deshalb unwirksam sei.

■ KRANKENHAUS-FINANZIERUNG

Sparsamkeit und Gesundheit sind keine Gegensätze

Der Deutsche Bundestag hat am 7. Dezember das Gesetz zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung (KHG) verabschiedet. Das Gesetz wird am 20. Dezember 1984 vom Bundesrat abschließend beraten und tritt zum 1. Januar 1985 in Kraft.

Im einzelnen einigten sich Bund und Länder auf folgende Regelungen:

Selbstkostendeckung

In Zukunft soll über vorauskalkulierte Selbstkosten verhandelt werden. Es geht um die Gestaltung zukünftiger Kosten und nicht um die Abrechnung bereits entstandener.

Pflegesätze

Pflegesätze werden ausgehandelt. Im Streitfall entscheidet künftig keine staatliche Stelle, keine „Preisfestsetzungsbehörde“. Es gibt statt dessen eine neutrale Schiedsstelle mit Chancengleichheit für die Beteiligten. Das stärkt die Verhandlungsposition der Krankenkassen. Sparsamkeit soll sich für das Krankenhaus selbst lohnen, deshalb können die Krankenhäuser — anders als bisher — Überschüsse machen. Sie müssen aber auch Verluste tragen. Der automatische Gewinn- und Verlustausgleich ist abgeschafft. Sparsamkeit wird nicht länger bestraft und Ausgabenpolitik mit leichter Hand nicht mehr belohnt.

Krankenhausplanung

Bei Krankenhausplanung und Investitionsprogrammen erhalten die Krankenkassen

ein größeres Mitspracherecht. Die bisherige „enge Zusammenarbeit“ bei der Planung wird auf alle Bereiche der Durchführung des KHG ausgedehnt. Bei der Krankenhausplanung und der Aufstellung von Investitionsprogrammen sind künftig einvernehmliche Regelungen zwischen Landesbehörden, Kassen und Krankenhäusern anzustreben.

Das bedeutet: Es bleibt zwar beim Letzentscheid der Länder; Kassen und Krankenhäuser sind aber in die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einzubeziehen. Es muß also auch im Verfahren sichergestellt sein, daß die Beteiligten Gelegenheit und Zeit haben, Anregungen, Änderungsvorschläge und Bedenken vorzutragen und damit gebührende Berücksichtigung zu finden. Das ist ein erheblicher Fortschritt für die Krankenkassen. Die dürfen nicht mehr vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Konzertierte Aktion

Die Ergebnisse der konzertierten Aktion bleiben auch weiterhin für alle Beteiligten ein Maßstab der Orientierung. Wer die in freier Vereinbarung gefundenen Empfehlungen ignoriert, arbeitet staatlicher Reglementierung in die Hände.

Freigemeinnützige Krankenhäuser

Hinter ihnen steht meist kein finanziert starker Rückhalt. Chancengleichheit gebietet deshalb auch, die staatlichen Mittel nicht nur den staatlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Denn die freigemeinnützigen Krankenhäuser sind ein unverzichtbares Element in der Krankenversorgung. Sie dürfen nicht in das Modell eines staatlichen Einheitstyps gepreßt werden. Die freigemeinnützigen Krankenhäuser brauchen ihre Leistungen auch nicht zu verstecken.

Bundesminister Norbert Blüm zog in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag folgendes Fazit: „In die Finanzierung des Krankenhauses kommt mehr wirtschaftliches Denken, denn Sparsamkeit und Gesundheit sind keine Gegensätze.“

■ OPPOSITION

SPD droht eine lose Konföderation von Kungelclubs zu werden

Helmut Schmidt, einst Kanzler dieser Republik und stellvertretender Vorsitzender der SPD, sieht seine Partei in der Gefahr, „eine lose Konföderation von Kungelclubs zu werden“. In der Tat, die einst so feste Solidarität der Genossen bröckelt, seit das einhende Band der Bonner Regierungsverantwortung fehlt:

- In Hessen, Berlin, Niedersachsen und an der Saar läuft man mit hechelnder Zunge den Grünen nach.
- In Nordrhein-Westfalen würde man das auch gerne tun, traut sich aber nicht so recht.
- Im Bundestag springt die durch Vogels Führungsstil verunsicherte SPD-Fraktion auf jedes oppositionelle Trittbrett auf, das die Grünen vorbeifahren lassen.

Nur noch ganz vereinzelt regen sich Reste der traditionellen Sozialdemokratie, mukken Gewerkschaftsführer gegen die Bemühungen um rotgrüne Bündnisse auf. Zwar kann sogar Willy Brandt, der Anstifter der Zusammenarbeit mit den Grünen, ungehalten werden, wenn der Wunschnachpartner allzu heftig auf den sozialdemokratischen Zehen herumtrampelt, doch an der Grundausrichtung ändert das nichts. Der Traum, eine Mehrheit jenseits der CDU zu bilden, ist verlockender als die Beschäftigung mit der tristen Wirklichkeit. Daran werden auch spitze Mahnungen des Altenteilers Schmidt nichts ändern, zumal der einstige Oberlehrer der Nation sich den Vorwurf gefallen lassen muß, nichts gegen die erkannte Gefahr getan

zu haben. Wer in der Welt herumreist und allenfalls mal ab und zu sich per Leitartikel zu Wort meldet, statt in mühsamer Kleinarbeit vor Ort Schaden abzuwenden, hat auch das Recht auf bissige Sottisen verwirkt, stellt CDU-Sprecher Wolter von Tiesenhausen fest.

Halbwahrheiten und Unrichtigkeiten

Die Veröffentlichung des Magazins „Der Spiegel“ über eine angebliche Einflußnahme des früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl auf die Ablösung eines Staatsanwaltes stellt nach Auffassung von Ministerpräsident Bernhard Vogel einen weiteren Versuch dar, seinen Amtsvorgänger zu diffamieren und durch wahrheitswidrige Behauptungen zugleich das Ansehen der rheinland-pfälzischen Landesregierung herabzusetzen.

Der frühere Ministerpräsident habe mit der dargestellten Ablösung des Staatsanwaltes vor 15 Jahren nichts zu tun gehabt und insonderheit auch keine derartige Weisung erteilt. Der Artikel enthalte eine Fülle von Unrichtigkeiten und Halbwahrheiten, erläuterte der Regierungssprecher. So zum Beispiel die unrichtige Behauptung, der auf der sogenannten Flick-Liste aufgeführte Name „Vogel“ beziehe sich auf den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten. Was den früheren Direktor des Europa-Hauses, Kanter, angehe, so sei auch hier die Darlegung des Magazins abwegig, weil die Landesregierung mit auf dessen Ablösung gedrängt und sie letztlich durchgesetzt habe.

■ RENTEN

Wichtiger Termin für freiwillig Versicherte

In diesem Jahr ist der 31. Dezember ein besonders wichtiger Termin für die freiwillig Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung. Bis zu diesem Tag müssen sie das Jahr 1984 mit freiwilligen Beiträgen belegt haben, wenn sie sich ihren Versicherungsschutz für eine künftige Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit aufrechterhalten wollen. Wer diesen Termin streichen läßt, kann sich künftig auch durch Entrichtung freiwilliger Beiträge keinen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrentenanspruch mehr verschaffen.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres wird nämlich Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit nur noch dann gezahlt, wenn entweder in den letzten 60 Monaten vor Eintritt des Versicherungsfalles mindestens 36 Pflichtbeiträge entrichtet wurden oder wenn der Berechtigte als freiwillig Versicherter vor dem 1. Januar 1984 bereits 60 Monatsbeiträge entrichtet und die Zeit ab Januar 1984 bis zum Jahr vor dem Eintritt der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit voll mit Beiträgen oder Ausfallzeiten belegt hat. Da freiwillige Beiträge nur für das jeweils laufende Kalenderjahr entrichtet werden dürfen, verlieren diejenigen freiwillig Versicherten, die die Einzahlung in diesem Jahr versäumen, ihren Versicherungsschutz für den Fall der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit. Dies gilt auch für die folgenden Jahre.

Wer vor dem 1. Januar 1984 noch keine 60 Beiträge entrichtet hatte, kann mit freiwilligen Beiträgen einen Anspruch auf Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit künftig überhaupt nicht mehr erwerben.

Hessens CDU will eine „klare Antwort“

Die hessische CDU hat die SPD aufgefordert, auf das Gesprächsangebot des CDU-Landesvorsitzenden Wallmann an Ministerpräsident Börner eine „klare Antwort“ zu geben. Wie der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Kanther, in Wiesbaden sagte, dulde der „landespolitische Wirrwarr“ keinen weiteren taktischen Aufschub.

Eine große Koalition könnte nach Ansicht des CDU-Landesvorsitzenden und Frankfurter Oberbürgermeisters, Walter Wallmann, erheblich dazu beitragen, die Zukunft Hessens zu sichern. Er befürchtet „große Gefahren“ für die hessische Wirtschaft und für die Arbeitnehmer des Landes, wenn das „rot-grüne Schauspiel“ weitergehe. „Börners Regierungsunfähigkeit hängt lähmend über unserem Land. Dies muß ein Ende haben“, sagte Wallmann. Mit einem „Nein“ beantwortete Wallmann die Frage, ob er bei erfolgreichen Koalitionsverhandlungen mit der SPD in ein Kabinett Börner eintreten würde. Er habe in Frankfurt als Oberbürgermeister wichtige Aufgaben, die er weiter erfüllen wolle.

Staubbelastung in der Luft ging erheblich zurück

Während der Ausstoß der vor allem aus den Auspufftöpfen der Autos stammenden schädlichen Stickoxide seit den 70er Jahren beträchtlich angestiegen ist, ging der Anteil von Staub und Kohlenmonoxiden an der Luftverunreinigung seit diesem Zeitraum zum Teil erheblich zurück. Eine fallende Tendenz wird gleichfalls bei dem für das Waldsterben miterantwortlich gemachten Schwefeldioxid registriert. Dies geht aus der in Bonn veröffentlichten ersten Sammlung von „Daten zur Umwelt 1984“ hervor, die vom Umweltbundesamt zusammengestellt wurde.

Niederlage für „Monitor“

WDR-Magazin muß Gegendarstellung bringen

In der Monitor-Sendung vom 13. November 1984 war behauptet worden, Familienminister Heiner Geißler, Beamte des Ministeriums, die Präsidenten der drei Obersten Bundesbehörden, der Vorsitzende der Kommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie die beteiligten Wissenschaftler hätten sich über den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse hinweggesetzt und in gewissenloser Weise Millionen von Menschen der Gefahr vermeidbarer Krebserzeugung ausgesetzt.

Dagegen hat Familienminister Heiner Geißler geklagt. Die 28. Zivilkammer des Landgerichts Köln hat am 5. Dezember 1984 einer einstweiligen Verfügung auf Gegendarstellung zu den in der Sendung vom 13. November 1984 erhobenen Vorwürfen stattgegeben und dem Westdeutschen Rundfunk die Kosten auferlegt. Als nächstes wird Heiner Geißler gerichtliche Schritte auf Unterlassung der wahrheitswidrigen Behauptungen einleiten.

Nachfolgend der Text der Gegendarstellung

„In der Monitor-Sendung vom 13. November 1984 haben Sie sich mit dem Formaldehyd-Bericht befaßt, den das Bundesgesundheitsamt in Abstimmung mit dem Umweltbundesamt, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz sowie mit der Senats-Kommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe abgefaßt hat.

Mit dieser Sendung erwecken sie den Eindruck, ich hätte auf die Wissenschaftler der Bundesanstalten politischen Druck ausgeübt, um die Einstufung von Formaldehyd im Interesse der Wirtschaft als nicht krebszeugend zu erreichen.

Dieser Eindruck ist falsch.

Richtig ist vielmehr, daß ich weder persönlich noch durch die Mitarbeiter meines Ministeriums, insbesondere auch nicht durch den Staatssekretär, irgendwelchen Einfluß auf das Ergebnis genommen oder durch politischen Druck das Ergebnis beeinflußt habe.

Im übrigen habe ich wiederholt im Zusammenhang mit Formaldehyd erklärt, daß die Bundesregierung dem Gesundheitsschutz den Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen einräumt.

Die Kosten des Verfahrens werden dem Antragsgegner auferlegt.“



Der Sender hat inzwischen Berufung gegen die Verfügung eingereicht. Am 8. Januar 1985 soll darüber entschieden werden.

■ SOZIALPOLITIK

Länger Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose

Ab 1. Januar 1985 soll die Zahlung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose verlängert werden. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: „Das ist die wichtigste Nachricht des Tages. Damit wird Tausenden von älteren Arbeitslosen geholfen. Ihnen wenden wir unsere besondere Hilfe zu. Ein 50jähriger soll länger Arbeitslosengeld beziehen als ein 20jähriger, denn er hat ja im Normalfall auch länger Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt als sein jüngerer Kollege.“

Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose ist im Arbeitsförderungs- und Rentenversicherungsgesetz enthalten, das vom Deutschen Bundestag in zweiter und dritter Lesung beraten wird. Dieses Gesetz dient außerdem der Sicherung der Liquidität der Rentenversicherung.

Die wichtigsten Neuregelungen:

■ Der Beitragssatz zur Rentenversicherung soll ab 1. Januar 1985 von 18,5 Prozent auf 18,7 Prozent angehoben werden. Dafür soll, um eine zusätzliche Belastung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu vermeiden, der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung von 4,6 auf 4,4 Prozent gesenkt werden.

■ Zur Überbrückung von absehbaren Liquiditätsengpässen in der Rentenversicherung (im Jahre 1985) soll nicht nur der monatlich zu zahlende Bundeszuschuß vorzeitig ausgezahlt werden, sondern darüber hinaus können die Rentenversiche-

rungsträger zinslos Betriebsmittel des Bundes bis zu 5 Milliarden Mark in Anspruch nehmen, die bis Ende des Jahres zurückzuzahlen sind.

■ Älteren Arbeitslosen über 50 Jahre soll je nach Beitragsdauer der Bezug des Arbeitslosengeldes um bis zu einem halben Jahr verlängert werden, so daß sie insgesamt 1½ Jahre statt wie bisher ein Jahr Arbeitslosengeld bekommen können. Diese Verlängerung ist gestaffelt. Wer über 50 Jahre alt ist, bekommt für jedes halbe Jahr, das er länger als drei Jahre Beiträge gezahlt hat, einen Monat länger Arbeitslosengeld. Nach 3½ Jahren also 13 Monate Arbeitslosengeld, nach 4 Jahren 14 Monate usw. Wer also in den letzten 7 Jahren insgesamt 6 Jahre Beiträge gezahlt hat, bekommt 1½ Jahre Arbeitslosengeld.

■ Die Sperrzeit in der Arbeitslosenversicherung soll von 8 auf 12 Wochen für diejenigen Arbeitnehmer verlängert werden, die ihre Arbeitslosigkeit selbst herbeigeführt haben.

Umfrage: Wir sind ein Volk von Optimisten

Politische Schwarzmaier und Panikmacher haben bei den Deutschen kaum Chancen! Immer mehr Bundesbürger sehen optimistisch in die Zukunft! Das ergab die neueste Umfrage der Wickert-Institute Tübingen/Illereichen. Danach rechnen insgesamt 34 Prozent aller Bundesbürger damit, daß sich ihre wirtschaftliche Situation in den nächsten sechs Monaten verbessern wird. Vor einem halben Jahr waren es nur zwölf Prozent.

An eine Verschlechterung glauben nur noch 14 Prozent gegenüber 27 Prozent vor sechs Monaten. 49 Prozent erwarten, daß ihre persönliche wirtschaftliche Situation stabil bleibt. Keine Meinung hatten drei (vorher elf) Prozent.

Die Repräsentativ-Umfrage wurde innerhalb der letzten 14 Tage durchgeführt.

■ BUNDESFACHAUSSCHÜSSE

Sozialpolitik: Die maßlosen Angriffe der SPD sind nicht gerechtfertigt

Der Bundesfachausschuß „Sozialpolitik“ erörterte unter Vorsitz von Senator Ulf Fink auf seiner Sitzung am 3. Dezember 1984 ausgiebig aktuelle Fragen der Sozialpolitik. Vor dem Hintergrund der heftigen Debatte um den Bundeshaushalt 1985 stellt der Bundesfachausschuß „Sozialpolitik“ fest:

Es besteht kein Zweifel, daß die Sozialpolitik zur Haushaltskonsolidierung beitragen mußte. Zumal bei weniger Wirtschaftswachstum neue Sozialleistungen nicht durch Beitrags- und Steuererhöhungen finanziert werden können. Daher führte kein Weg an Kürzungen bei bestehenden Sozialleistungen und Umschichtungen im Sozialsystem vorbei, um den Staatshaushalt und die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu konsolidieren.

Dies war unabdingbar, weil gerade eine hohe Staatsverschuldung und daraus folgend hohe Zinsen im höchsten Maße unsozial sind. Die Folgen einer solchen verfehlten Politik treffen nämlich die Arbeitnehmer, Rentner und sozial Schwächeren besonders hart.

Gerade die SPD hat keinen Grund, sich als Wahrer der sozialen Gerechtigkeit darzustellen. Denn vieles von dem, was die SPD heute als Sozialabbau bezeichnet, wurde bereits zu Zeiten einer SPD-geführten Bundesregierung beschlossen. Die maßlosen Angriffe der SPD gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung sind um so verwunderlicher, als auch Sprecher der

SPD seinerzeit selbst darauf hingewiesen haben, daß Einsparungen im Sozialbereich und neue Ansätze notwendig seien.

Der Bundesfachausschuß „Sozialpolitik“ akzeptiert und unterstützt einen Beitrag des Sozialbereichs zur Haushaltskonsolidierung, wenn bei der Umschichtung zwei Prinzipien gewahrt bleiben: Erstens muß das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit geachtet werden. Wenn gespart wird, müssen alle sparen. Alle Bevölkerungsschichten müssen gleichermaßen bei der Konsolidierung mithelfen.

Zweitens müssen Einsparungen und Umschichtungen zu einer Gesamtkonsolidierung der sozialen Sicherungssysteme führen. Es darf nicht lediglich zu einer Verschiebung der Finanzprobleme kommen. Dies bedeutet, daß die Lasten nicht vom Haushalt des Bundes oder der Sozialversicherungssysteme auf die Haushalte der Länder und Kommunen abgeschoben werden und dort in Form höherer Inanspruchnahme der Sozialhilfe auftauchen.

Jugendpolitik: Grundsätze der Subsidiarität stärker betonen

Der Bundesfachausschuß Jugendpolitik der CDU hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der von der Bundesregierung beabsichtigten Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG) befaßt. Er sieht in einer begrenzten Novellierung in der 10. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine Möglichkeit, die fachliche und rechtliche Entwicklung in einzelnen Bereichen der Ju-

**gendhilfe aufzugreifen und im Gesetzes-
text zu verankern. Das nunmehr über 60
Jahre alte geltende Recht im JWG stellt
für die betroffenen Kinder und Jugendli-
chen und für die anwendende Verwal-
tung in mancher Hinsicht keine verläßli-
che Grundlage mehr dar.**

Insbesondere bedürfen folgende Bereiche
einer verbesserten Regelung:

— Verbesserung der Leistungen für junge
Erwachsene.

Die in den Paragraphen 6 Absatz 3 und
75a JWG enthaltenen Möglichkeiten, päd-
agogische Hilfen für junge Menschen über
das 18. Lebensjahr hinaus weiterzuführen,
greifen in der Praxis zu kurz, da die Weiter-
führung bisher ausdrücklich an eine
fortbestehende schulische oder berufliche
Bildungsmaßnahme gekoppelt ist. Gerade
zu Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit
kommen solchen Leistungen eine beson-
dere Bedeutung zu.

— Ausdehnung des Rechts auf Erziehung
auch auf ausländische Kinder.

Internationale Vereinbarungen gebieten
die Einbeziehung ausländischer Kinder in
den Wortlaut des Gesetzes.

— Vorrang freier Träger — Stärkung des
Subsidiaritätsprinzips.

Der Grundsatz der Subsidiarität muß in
den Eingangsbestimmungen des JWG
stärker akzentuiert werden. Die Beteili-
gung freier Träger an der Planung des Ju-
gendamtes muß gesetzlich verankert wer-
den.

— Stärkung familienunterstützender Hil-
fen und Verminderung von Eingriffsmaß-
nahmen zugunsten prophylaktischer An-
gebote.

Die vielerorts bereits praktizierten Ange-
bote ambulanter und teilstationärer Hilfen
müssen durch Aufnahme in die Aufgaben-
kataloge der Paragraphen 4 und 5 JWG
abgesichert werden. In diesem Zusam-
menhang kann die Trennung zwischen Ju-

gendpflege und Jugendfürsorge überwun-
den werden zugunsten einer Stärkung der
Einheit der Jugendhilfe.

— Verbesserung des Pflegekinderwe-
sens.

Zum Beispiel muß neben der Verbesse-
rung der Beratung durch bundesgesetzli-
che Vorgaben eine Harmonisierung von
Art und Umfang der laufenden und einma-
ligen finanziellen Leistungen angestrebt
werden.

Die insbesondere durch die Einbeziehung
der jungen Erwachsenen in den Leis-
tungskatalog der Jugendhilfe entstehen-
den Mehrkosten sollten durch eine ent-
sprechende Verbesserung der Finanzaus-
stattung der Kommunen aufgefangen wer-
den.

Im Interesse junger Menschen sollte die
Bundesregierung die Novellierung ziel-
strebig vorantreiben.

Mehr Einkommen für Bauern

„Spürbare Einkommensverbesserungen“
hat Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz
Kiechle den Bauern für das am 1. Juli
nächsten Jahres beginnende Wirtschafts-
jahr vorausgesagt. In einem Beitrag für die
Zeitschrift „Agrar Praxis“ begründete der
CSU-Politiker seinen Optimismus damit,
daß die Gesundung der EG-Agrarfinanzie-
rung eingeleitet sei. Der Einkommensaus-
gleich für die deutschen Landwirte durch
die Erhöhung der Vorsteuerpauschale um
fünf Prozentpunkte komme bei den Erzeu-
gern an. Mit der Garantiemengenregelung
bei der Milch sei der Verdrängungswett-
bewerb gestoppt und die Produktion in
bäuerlichen Familienbetrieben geschützt
worden. Kiechle wies ferner auf die ver-
besserte Förderung der Landwirtschaft in
den benachteiligten Gebieten und die Bei-
tragsentlastung durch höhere Bundeszu-
schüsse zur Unfallversicherung hin. Bei-
des sei eine wirksame Hilfe für die klei-
nen und mittleren Höfe.

GEMEINDEN

Rückgang der kommunalen Investitionstätigkeit weiter gebremst

Zur Entwicklung der Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für Sachinvestitionen erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen Friedrich Voss:

Die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes über die Entwicklung der kommunalen Ausgaben zeigen, daß der Rückgang der Investitionstätigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände weiter gebremst worden ist. Nach den jetzt für das dritte Quartal des Jahres 1984 vorliegenden Ergebnissen sind die Ausgaben der Gemeinden für Sachinvestitionen in den Monaten Januar bis einschließlich September nur noch um 4,5 Prozent niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. In den ersten 6 Monaten dieses Jahres lag der Rückgang noch bei 5,2 Prozent, im ersten Quartal sogar bei 7,8 Prozent. Auch wenn auf Jahresbasis gesehen die Stabilisierung der Investitionstätigkeit langsamer als erwartet voranzukommen scheint, zeichnet sich im Jahresverlauf deutlich eine Trendumkehr ab.

Diese Erwartung wird auch durch die Ergebnisse der Auftragseingangsstatistik für das Bauhauptgewerbe gestützt. Diese Statistik weist im ersten Halbjahr 1984 für die Gebietskörperschaften ein Auftragsplus von rd. 8 Prozent im Hoch- und Tiefbau aus. Im 3. Quartal 1984 wurden im Straßenbau (+ 11 Prozent) und beim sonstigen Tiefbau (+ 19,7 Prozent) sogar zweistellige Zuwachsrate erreicht. Da rund zwei Drittel der öffentlichen Sachin-

vestitionen von den Kommunen getätigt werden, deutet auch dieser Indikator auf eine positive Entwicklung des kommunalen Investitionsverhaltens hin.

Zusätzlich ist auch zu berücksichtigen, daß die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand in den ersten drei Quartalen 1984 sprunghaft um 6,9 Prozent angestiegen sind. Diese Entwicklung deutet in Übereinstimmung mit Erklärungen auf der kommunalen Ebene darauf hin, daß zunächst der Ausgabedruck im Bereich des Erhaltungsaufwands abgebaut wird. Da die Übergänge vom Erhaltungsaufwand zu Ersatzinvestitionen fließend sind, kann der Anstieg des laufenden Sachaufwands als Vorläufer steigender Investitionsraten angesehen werden. Von daher bestätigen die neuesten Zahlen die Erwartungen des Finanzplanungsrates auf einen deutlichen Wiederanstieg der gemeindlichen Investitionen im nächsten Jahr.

SPD-Bezirksvorsitzender kündigt Rücktritt an

Die Auseinandersetzungen um das von SPD-Landesvorsitzenden Helmut Rothenmund im September vorgelegte Organisationspapier zur Umstrukturierung der Partei haben dazu geführt, daß der Vorsitzende des SPD-Bezirks Franken, Bruno Friedrich aus Würzburg, vor Ablauf seiner Amtszeit bereits im März 1985 sein Amt niederlegen will. Er will damit eine Diskussion über die Gesamtlage der bayerischen SPD, auch über die Führungsspitze erzwingen, erklärte er.

■ ZIVILDIENST

Zahl der Verweigerer ging erheblich zurück

Knapp ein Jahr nach der Neuregelung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung ist deutlich erkennbar, daß sich das neue Anerkennungsverfahren gut bewährt hat. Bis zum Jahresende werden nach neuem Recht etwa 45 000 Antragsteller als Kriegsdienstverweigerer anerkannt sein.

Die Zahl der Antragsteller ging gegenüber dem Vorjahr um 25 Prozent zurück. Dies ist besonders markant, weil sich hieran zeigt, daß das neue Kriegsdienstverweigerungsgesetz trotz Friedensbewegung greift, d. h., die Friedensbewegung hat keinen nachhaltigen Einfluß auf die Zahl der Verweigerer genommen. Die 25 Prozent scheinen den fünf Monate längeren Zivildienst zu scheuen, also die Opportunisten zu sein, die in früheren Jahren nicht aus Gewissensgründen, sondern „aus gewissen Gründen“ den Kriegsdienst verweigerten, stellt MdB Paul Breuer fest.

Positiv anzumerken ist auch, daß sich bisher erst ein Antragsteller dem mündlichen Anerkennungsverfahren unterziehen mußte, während bei allen übrigen aufgrund der Aktenlage entschieden werden konnte.

Damit sind die polemischen Behauptungen, das neue Verfahren werde letztendlich doch wieder auf eine mündliche Ge wissensprüfung hinauslaufen, gänzlich widerlegt worden.

Die Zahl der Zivildienstplätze wird bis zum Jahresende auf 60 000 erhöht werden, so daß die anerkannten Kriegsdienstverweigerer zügig zu ihrem Dienst herangezogen werden können.

Das aktuelle Buch

Frauen in der Politik

Dieses Buch, mit einem Vorwort von Helmut Kohl, wurde auf der diesjährigen Buchmesse in Frankfurt vorgestellt. Einleitend findet sich eine von Prof. Dr. Roswitha Wisniewski, MdB, verfaßte historische Abhandlung über die Anfänge der christlich-bürgerlichen Frauenbewegung. 21 Autorinnen, darunter fast alle Bundestagskolleginnen von Dr. Renate Hellwig, beschreiben darin entweder den Lebenslauf früherer weiblicher Reichstags- und Bundestagsabgeordneter oder ihr eigenes Leben. So ergibt sich die erste Gesamtdarstellung des Beitrags der Frauen zur Geschichte und Gegenwart christlich-demokratischer Politik. Je nach persönlicher Vorliebe und persönlichem Engagement schildern die Autorinnen den Lebensweg von Frauen der christlichen Demokratie, die für sie selbst etwas Einzigartiges verkörpert haben und mit deren Idealen und Zielen sie sich identifizieren. Dabei werden die verschiedenen Ausgangspunkte, die unterschiedlichen Lebensziele und ein breitgefächertes Spektrum politischer Anliegen und die verschiedensten Temperaturen sichtbar. Verstärkt wird dies noch durch eine Vielzahl ganz persönlicher bekenntnishafteter Beiträge.

Dabei liest sich das Buch unterhaltend und ist für jedermann verständlich, so daß es ein geeignetes Werk für interessierte Frauen ist, aber auch für solche, die noch nicht parteigebunden sind und für die CDU-Männer in Bund und Ländern, auf deren Verständnis und Engagement es entscheidend ankommt, wenn es gelingen soll, mehr Frauen für die Arbeit in der Partei und in den verschiedenen Parlamenten zu gewinnen, wie die Herausgeberin betont.

Renate Hellwig: Frauen in der Politik — Die Christdemokratinnen unterwegs zur Partnerschaft, Seewald-Verlag 1984, 34,— DM.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Kanzlermedaille



Abbildung der Vorder- und Rückseite leicht vergrößert

Zur Ehrung von Jubilaren, als Dank an verdiente Mitglieder und als repräsentatives Geschenk der CDU-Verbände für viele denkbare Anlässe gibt es nun eine Bronzemedaille mit den Portraits der Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

Mit dieser Bronzeausführung der auch in Feinsilber aufgelegten Medaille wird einem oft geäußerten Wunsch der Parteigliederungen nach einer preiswerten Geschenk- und Auszeichnungsmünze entsprochen.

Die Kanzlermedaille in Bronze ist geprägt aus 3 mm starkem Messingrohling, handpatiniert und anlaufgeschützt. Ihr Durchmesser beträgt 50 mm, das Gewicht ca. 43 Gramm.

In dem repräsentativen blauen Etui mit

paßgenauer Einlage für die Medaille ist im Deckelkissen der Text „Als Dank und Anerkennung Ihre CDU“ eingedruckt. Dieser Satz lässt somit eine Vielzahl von Verwendungsmöglichkeiten zu.

Der Einzelpreis beträgt 19,80 DM (einschließlich Etui und 14 Prozent Mehrwertsteuer) zuzüglich Versandkosten (bei Einzelversand 3,50 DM). Rabatte für größere Stückzahlen können bei der nachstehenden Bestelladresse angefragt werden.

Die Bestellungen können direkt aufgegeben werden bei

Bonner Werbe-GmbH
Abteilung Vertrieb
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1
Telefon (0228) 544-229

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Das grüne Chaos

Der Chaos-Kongreß der Grünen in Hamburg hatte sein Gutes: Wir wissen jetzt mehr über die bunte Truppe. Vor allem dies: Um den kranken Wald und stinkende Flüsse zerbrach man sich nicht die Köpfe; es ging um die Macht über die Deutschen. Noch streiten sie, wie das am besten gehen soll: mit der SPD, die sie dann pressen wie die Zitrone Börner in Hessen. Oder allein — als sogenannte „Fundamental-Opposition“.

Aber einig sind sie sich darin: Sie sind gegen diese Republik, gegen diese Wirtschaft, gegen die Verteidigung und auch gegen die Schulpflicht. Sie wollen nicht verändern; sie wollen umschmeißen.

Wer sie wählt, darf nicht jammern, wenn er irgendwann unter den Trümmern liegt. Aber vielleicht geht ja auch jetzt manchem ein Licht auf.

Bild-Zeitung, 10. Dezember 1984

„Grün“ und „alternativ“ ist allein zum Protest und zur Empörung fähig und willens, nicht aber zur Gestaltung, zur Entwicklung, zur Reform und damit schließlich zur Verantwortung. Das ist eine Erkenntnis, die nur für jene politischen Kräfte in anderen Parteien neu und überra-

schend sein kann, die in der Zeit des steilen grünen Aufwärtstrends die Augen vor dem Kern dieser Formierung verschlossen haben. Es war ja streckenweise auch schick, sich grün zu geben statt konsequent zu bleiben.

Die dürre Bilanz eines knapp dreitägigen Spektakels: Es ist auch deutlich geworden, in welchem Ausmaß sich die grüne und alternative Bewegung bereits verschlossen hat. Sie ist auf einem guten Weg, sich auch für jene kritischen Bürger, die bisher „Grün“ mit Respekt und stilem Wohlwollen betrachtet und gefördert haben, überflüssig zu machen.

NRZ, 10. Dezember 1984

Die knapp 800 Delegierten — zu einem großen Teil ehemalige SPD-Mitglieder — unterzogen die älteste deutsche Partei einer schonungslosen Kritik. Sie haben Angst, auf dem rot-grünen Weg ihre Identität zu verlieren. Deshalb sind ihnen auch die Reformisten mit Otto Schily und Joschka Fischer an der Spitze verdächtig.

Die Hamburger grünen Einsichten werden die traditionellen Parteien herausfordern müssen, die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Grünen mehr als bislang zu suchen. Nicht die Verketzerung hilft weiter, sondern einzig und allein das bessere Argument. Und die SPD wird die Unsicherheit über ihr Verhältnis zu den Grünen deutlich erklären müssen, schon um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen.

Kölner Rundschau, 10. Dezember 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Spar-Kasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD